



Protokoll der 3. Sitzung des Einwohnerrats

Freitag, 11. April 2025, 20.00 Uhr bis 21.27 Uhr
Jakob und Emma Windler-Saal

Vorsitz	Daniel Ochsner	SVP	Präsident
Anwesende Mitglieder	Anton Adam	parteilos	
	Rafael Aragon	Pro Stein	
	Carolina Bächli	Pro Stein	
	David Böhni	SVP	
	Simone Good-Ehrensperger	parteilos	Zweite Vizepräsidentin
	Claudio Götz	Pro Stein	
	Peter Keller	SP	
	Nicole Lang	parteilos	Stimmzählerin
	Beat Leu	GLP	
	Ruth Metzger	SVP	
	Niels Müller	Pro Stein	
	Marco Suter	FDP	
	Waltraud Zepf Getto	SP	Stimmzählerin
	Ulrich Böhni	GLP	Baureferent
	Irene Gruhler Heinzer	SP	Werkreferentin
	Carla Rossi	parteilos	Gesellschaftsreferentin
	Roman Suter	FDP	Finanzreferent
	Corinne Ullmann	SVP	Stadtpräsidentin
	Timo Bär		Stadtschreiber
	Stephan Büchi		Weibel
Abwesende Mitglieder	Werner Käser	FDP	Erster Vizepräsident
Protokoll	Philipp Baumberger		

Traktandenliste

Beschluss-Nr. 9

1. Protokollgenehmigungen

Beschluss-Nr. 10

2. Nachtragskredit zur Erstellung Vorprojekt «Sanierung Rathaus, Haus zum Steinbock und Zeughaus»

Beschluss-Nr. 11

3. Teilrevision der Geschäftsordnung des Einwohnerrats

Beschluss-Nr. 12

4. Orientierungsvorlage: «Aktionsplan II UNICEF-Label «Kinderfreundliche Gemeinde»»

Beschluss-Nr. 13

5. Informationen und Umfrage

Beschluss-Nr. 9

1. Protokollgenehmigungen

Protokollgenehmigung 17. Januar 2025

Der Einwohnerrat beschliesst:

Das Protokoll der Sitzung vom 17. Januar 2025 wird einstimmig genehmigt.

Protokollgenehmigung 28. Februar 2025

Der Einwohnerrat beschliesst:

Das Protokoll der Sitzung vom 28. Februar 2025 wird einstimmig genehmigt.

Beschluss-Nr. 10

2. Nachtragskredit zur Erstellung Vorprojekt «Sanierung Rathaus, Haus zum Steinbock und Zeughaus»

Vorstellung Traktandum

Baureferent Ulrich Böhni: Er präsentiert die Vorlage anhand einer PowerPoint-Präsentation.

Bericht Kommission

Nicole Lang, parteilos, BLWSU: Nachdem vorgängig sehr intensiv über das Thema geredet worden ist, möchte sie sich kurzhalten. Die Kommission BLWSU hat den Antrag des Nachtragskredits zur Sanierung Rathaus, Haus zum Steinbock und Zeughaus an seiner Sitzung besprochen. Die Stellungnahme konnte man im Bericht lesen. Im Einzelnen geht sie nicht auf die Stellungnahme ein. Sie möchte aber nochmals betonen, dass der Kommission die Beantwortung des aufgelisteten Fragenkataloges im Bericht sehr wichtig ist. Die Kommission BLWSU empfiehlt dem Einwohnerrat, dem Antrag zum Nachtragskredit zuzustimmen.

Eintreten

Anton Adam, parteilos, SP-Fraktion: Die SP-Fraktion steht dem Antrag des Stadtrats zum Nachtragskredit positiv gegenüber. Für die Renovation des Rathauses gibt es keine Alternativen. Es muss gemacht werden. Auch für die anderweitige Nutzung gibt es keine sinnvolle Alternativen. Die SP-Fraktion findet, dass das Rathaus weiterhin Sitz der Stadtverwaltung bleiben soll. In der Fraktion wurden dieselben Fragen diskutiert, wie sie auch in der BLWSU-Kommission zur Sprache kamen – etwa weshalb die Sanierung des Zeughauses zeitgleich erfolgt, wie sich die Kosten aufteilen und welcher Betrag letztlich zulasten der Stadt geht. Offen ist auch, in welchem Umfang Beiträge der eidgenössischen und kantonalen Denkmalpflege sowie der Windler-Stiftung zu erwarten sind. Der Nachtragskredit ermöglicht es dem Stadtrat diese Fragen zu beantworten. Die definitive Finanzierungsaufteilung ist für die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sehr wichtig, wenn das Projekt zur Abstimmung kommt. Das Fazit ist, dass die SP-Fraktion für Eintreten ist. Sie wird diesem Antrag geschlossen zustimmen. Diese Kosten fallen nicht zusätzlich an, sondern werden nur vorgezogen. Dies ist sehr sinnvoll.

Claudio Götz, Pro Stein, Bürgerliche Fraktion: Die Bürgerliche Fraktion ist mehrheitlich für diesen Nachtragskredit. Sie sind für Eintreten. Es gibt kritische Stimmen in Bezug auf das Zeughaus und die

Gnehm-Garagen. Hierbei hätte man es gerne gesehen, wenn Alternativen geprüft worden wären. Weiteres folgt in der Detailberatung.

Detailberatung

Seite 2

Niels Müller, Pro Stein: Er ist grundsätzlich für die Sanierung des Rathauses und des Steinbocks. Die Sanierungsmassnahmen sind notwendig. Die Gebäude sind wichtig für das Stadtbild auch betreffend Geschichte. Er hat aber grosse Fragezeichen betreffend Zeughaus. Das Gebäude eignet sich aus seiner Sicht nicht als Bürogebäude. Man versucht nun mit über fünf Millionen Franken Büroräume zu erzwingen. Das macht weder funktional noch wirtschaftlich Sinn. Man redet nun zwar von einem Nachtragskredit für die Planungsverfeinerung. Wenn die Basis aber nicht stimmt, kann er dem Nachtragskredit nicht zustimmen. Er möchte nicht mehr Mittel zur Verfügung stellen, solange grundlegende Sachen nicht geklärt sind. Für künftige Projekte wünscht er sich, dass der Stadtrat frühzeitig begleitende Arbeitsgruppen einsetzt. Dies würde die Transparenz erhöhen und erlauben, unterschiedliche Perspektiven bereits im Planungsprozess zu berücksichtigen. So liessen sich spätere Diskussionen vermeiden.

Der Einwohnerrat beschliesst:

Der Nachtragskredit von CHF 290'000.00 zur Erstellung des Vorprojekts «Sanierung Rathaus, Haus zum Steinbock und Zeughaus» wird mit 10-Ja Stimmen und 3 Nein-Stimmen genehmigt.

Beschluss-Nr. 11

3. Teilrevision der Geschäftsordnung des Einwohnerrats

Vorstellung Traktandum

Einwohnerratspräsident Daniel Ochsner, SVP: Es geht um Art. 20 der Geschäftsordnung des Einwohnerrats. Konkret geht es darum, den Weibeldienst künftig nicht mehr durch die Stadtpolizei, sondern durch die Stadtkanzlei wahrnehmen zu lassen. Ausgangspunkt war eine verwaltungsinterne Diskussion zur Frage, ob es weiterhin erforderlich ist, dass die Stadtpolizei den Weibeldienst ausführt – zumal die Stadtkanzlei ohnehin vor Ort ist, da sie die Protokollführung übernimmt. Die Verwaltung ist deshalb mit dieser Fragestellung an das Büro herangetreten. Das Büro kam zum Schluss, dass eine Übertragung des Weibeldienstes an die Stadtkanzlei sinnvoll und möglich ist. Damit kann – wenn auch in bescheidenem Umfang – eine gewisse Effizienzsteigerung erreicht werden. Bei sicherheitsrelevanten Vorkommnissen besteht weiterhin die Möglichkeit die Stadtpolizei situativ beizuziehen. Auch wenn die Stadtpolizei zukünftig nicht mehr an den Sitzungen anwesend sein wird, werden sie als städtische Angestellte sicherlich über die Neuigkeiten aus dem Einwohnerrat informiert werden. Das Büro bittet, dem Antrag zuzustimmen.

Eintreten

Waltraud Zepf Getto, SP, SP-Fraktion: Die SP-Fraktion hat dies auch diskutiert. Bei sicherheitsrelevanten Themen kann die Stadtpolizei beigezogen werden. Sie sind für Eintreten und stimmen dem Antrag zu.

Nicole Lang, parteilos, Bürgerliche Fraktion: Die Bürgerliche Fraktion hat den Antrag zur Teilrevision der Geschäftsordnung des Einwohnerrats an der Fraktionssitzung besprochen. Die aufgeführten Argumente erscheinen als praktikabel und zweckmässig. Die Bürgerliche Fraktion ist für Eintreten.

Der Einwohnerrat beschliesst:

Die Änderung von Art. 20 der Geschäftsordnung des Einwohnerrats wird einstimmig genehmigt.

Beschluss-Nr. 12

4. Orientierungsvorlage: «Aktionsplan II UNICEF-Label «Kinderfreundliche Gemeinde»»

Vorstellung Traktandum

Gesellschaftsreferentin Carla Rossi: Der Stadtrat freut sich, dem Einwohnerrat den Aktionsplan II zur Kenntnis bringen zu dürfen. Wie gelesen wurde, wurde Stein am Rhein im Dezember 2019 das Label Kinderfreundliche Gemeinde erstmals vergeben. Eine Reihe von Prozessschritten mit Standortbestimmung, Workshops, Gesprächen mit UNICEF, Evaluation und Selbstevaluation, Fragebögen mit Auswertung etc. folgten im Vorfeld sowohl bei der ersten als auch bei der zweiten Label-Vergabe. Der Anlass zur erneuten Label-Übergabe fand am vergangenen Freitag im Jugendcafé statt und wurde mit einer offerierten Grillwurst abgerundet. Es war ein schöner Abend mit erfreulich vielen anwesenden Jugendlichen – besonders schön war zu sehen, wie gut das Jugendcafé genutzt wird. Ein Label ist am Anfang viel Denken und Schreiben. Wichtiger ist aber der zweite Schritt, das Handeln. Die Arbeitsgruppe UNICEF Label KFG hat auch mit einer gewissen Selbstkritik festgestellt, dass die konkrete Umsetzung der Ziele nicht immer ganz einfach ist. Im Aktionsplan I formulierte die damalige Arbeitsgruppe unter der Leitung von Corinne Ullmann sieben Ziele. Aus allen Bereichen konnten Massnahmen erfolgreich umgesetzt werden. Besonders gefreut hat sie, dass die Kinder und Jugendliche in Bereiche, die sie betreffen, stärker eingebunden werden. Jüngstes Beispiel ist der Mitsprache-Prozess bei der Gestaltung der Umgebung des neu sanierten Schulhauses. Sowohl im schulischen Parlament, dem Schanzrat, als auch in der anschliessenden Vollversammlung konnten die Kinder, in enger Begleitung des Umgebungsarchitekten Daniel Bösch, die Gestaltung ihres Pausenplatzes entwerfen und über ein Siegerprojekt abstimmen. Nun muss Herr Bösch rechtlich abklären, wieviel Farbe und kreative Formen vereinbar sind mit den weissen Linien von normmässig definierten Parkfeldern. Das vom Einwohnerrat miteingeführte Anhörungsrecht für Jugendliche ab zehn Jahren macht in der ganzen Schweiz und Liechtenstein Eindruck und findet Nachahmer. Es ist wichtig, hier nicht lockerzulassen und die Besuche in den Schülerparlamenten durch Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte sowie andere Politiker weiterzuführen. Im Aktionsplan II wurden die Ziele auf fünf beschränkt und in fünf grundlegende Bereiche aufgeteilt: Politik, Partizipation, Angebote, Sicherheit und Kommunikation. Viele Ziele des ersten Aktionsplans werden weitergeführt, vertieft und konkretisiert. Zu Beginn liegt der Schwerpunkt insbesondere auf den Jugendlichen und ihrem Treffpunkt, dem Jugendcafé. Ein Thema, das neu in den Aktionsplan II aufgenommen wurde, ist die Stärkung der Frühen Kindheit. Hier hat eine Arbeitsgruppe ihre Arbeit vor knapp zwei Jahren aufgenommen. Der dazu verfasste Bericht wird dem Stadtrat in der nächsten Sitzung und dem Einwohnerrat in der Einwohnerratssitzung Ende Juni vorgelegt.

Detailberatung

Beat Leu, GLP: Er dankt für den Bericht und die damit verbundenen Bemühungen im Zusammenhang mit dem UNICEF-Label. Auch wenn man sich immer wieder die Frage stellt, welchen konkreten Nutzen ein Label mit sich bringe, ist das UNICEF-Label in seinen Augen eine gute Sache. Es konnten bereits wertvolle Massnahmen umgesetzt werden, und die Arbeit daran sei weiterhin im Gange. Was kostet das Label bzw. die Zertifizierung?

Gesellschaftsreferentin Carla Rossi: Es kostet CHF 5'000.00.

Beat Leu, GLP: Jährlich?

Gesellschaftsreferentin Carla Rossi: Alle vier Jahre.

Beat Leu, GLP: Ist die Stadt Stein am Rhein bereit, in Zukunft noch weitere Labels zu erwerben, wie beispielsweise das Energiestadt-Label für erneuerbare Energien oder das Gesunde Gemeinde-Label, das Aspekte wie gutes Trinkwasser, schöner Wald etc. umfasst und somit ebenfalls einen direkten Nutzen für die Bevölkerung hätte. Oder ist die Prüfung solcher Labels derzeit nicht vorgesehen?

Stadtpräsidentin Corinne Ullmann: Die Frage weiterer Labels wurde bisher nicht vertieft diskutiert. In der aktuellen Legislaturplanung sind keine zusätzlichen Label-Projekte vorgesehen – wobei die Planung noch nicht abschliessend verabschiedet ist. Der Hauptgrund liegt in den verfügbaren Ressourcen. Derzeit stehen der Verwaltung keine ausreichenden personellen Kapazitäten zur Verfügung, um ein weiteres Labelverfahren anzugehen. Aus diesem Grund ist der Erwerb zusätzlicher Labels momentan nicht vorgesehen.

Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer: Sie ist der Meinung, dass man nicht einfach Labels sammelt. Es geht darum, dass man entsprechende Inhalte unterstützen möchte. Das UNICEF-Label etwa bietet einen anerkannten Standard, wie Kinder einbezogen werden. Auch das Energiestadt-Label kann sinnvoll sein, da es Gemeinden dazu verpflichtet, bestimmte Standards einzuhalten und konkrete Massnahmen umzusetzen. Entsprechende Diskussionen wurden bereits im Einwohnerrat geführt. Sie können helfen, einen qualitativ zufriedenstellenden Standard zu erreichen, sind jedoch oft mit hohen Kosten verbunden. Das UNICEF-Label gilt dabei als vergleichsweise kostengünstig. Das Grünstadt-Label könnte ebenfalls als Option geprüft werden. Mit den bestehenden Energieleitsätzen ist bereits ein gewisser Ersatz für das Energiestadt-Label vorhanden. Es gibt sowohl Argumente für als auch gegen den Erwerb weiterer Labels. Die umliegenden Gemeinden fahren mit dem Energiestadt-Label gut, ebenso grössere Städte mit dem Grünstadt-Label. Entscheidend ist jedoch die personelle Ressourcensituation. Hier hat man zurzeit ein Problem. Es muss deshalb sorgfältig abgewogen werden, welche Vorhaben umsetzbar sind und welche aus Kapazitätsgründen zurückgestellt werden müssen.

Simone Good-Ehrensperger, parteilos: Mit Interesse wurde die Orientierungsvorlage Aktionsplan II UNICEF-Label «Kinderfreundliche Gemeinde» in der Fraktion studiert und diskutiert. Die Ziele aus dem Aktionsplan I wurden umgesetzt. Dafür wird allen Beteiligten gedankt. Die bestehenden und künftigen Massnahmen wurden evaluiert, geprüft und formuliert. Nun geht es an die Umsetzung. Dazu möchte die SP-Fraktion folgende Gedanken, welche unter anderem in der Ausgabe «Kinder sind ganze Menschen» vom Marie Meierhofer Institut gefunden wurden, weitergeben: Alle Kinder und Jugendlichen haben das Recht, in einem gesunden und sicheren Umfeld aufzuwachsen, in dem sie sich bestmöglich entwickeln können. Das UNICEF-Label «Kinderfreundliche Gemeinde» hat zum Ziel, die Gemeinden in der Schaffung der nötigen Rahmenbedingungen zu unterstützen. Die Kinderrechtskonvention wurde im Jahr 1989 von den Vereinten Nationen verabschiedet und von der Schweiz im Jahr 1997 anerkannt. Im Jahr 1996 lancierte UNICEF die weltweite «Child Friendly Cities Initiative», welche in der Schweiz unter «Kinderfreundliche Gemeinde» umgesetzt wird. Ziel der Initiative ist die Umsetzung der Kinderrechtskonvention auf Gemeindeebene und somit im direkten Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen. Die Gemeinde ist jene politische Einheit in der Schweiz, die Kinder und Jugendliche am unmittelbarsten betrifft. Hier wachsen sie auf, entwickeln, bewegen und sozialisieren sich. Das Recht auf Partizipation ist ein Kinderrecht und Kernstück der Initiative «Kinderfreundliche Gemeinde». Kinder und Jugendliche anzuhören und einzubeziehen, ist gemäss der Kinderrechtskonvention verpflichtend und nicht «nice to have». Partizipation ist aber nicht nur ein Recht von Kindern und Jugendlichen, sondern auch die Grundlage einer gelebten Demokratie und des sozialen Zusammenhalts. Indem Kinder und Jugendliche miteinbezogen werden, erleben sie, dass sie gehört und ernst genommen werden und dass sie ihr Umfeld beeinflussen können. Partizipation soll nicht als «Wünschen» missverstanden werden. Es heisst Mitdenken und Ideen und/oder Bedürfnisse altersentsprechend einbringen. Mitschwitzen beim Erschaffen und Miterfreuen am Ergebnis. Kinder sollen nicht nur lernen mitzureden, sondern auch allfällige Konsequenzen kennenlernen und Ergebnisse abzuwägen. Die Kinderrecht Studie von UNICEF Schweiz aus dem Jahr 2021 zeigt auf, dass fast die Hälfte der befragten Kinder und Jugendlichen angibt, an ihrem Wohnort selten oder nie nach ihrer Meinung gefragt zu werden. Um eine Kultur der Partizipation in einer Gemeinde zu leben, braucht es ein umfassendes Partizipationsverständnis seitens der Erwachsenen. Dieses sollte den unterschiedlichen Bedürfnissen und Fähigkeiten von Kindern und

Jugendlichen entsprechen. Unterschiedliches Verständnis von Partizipation sind eine Hürde in der Gemeindefarbeit. An der Qualität der Partizipation von Kindern und Jugendlichen sollte umgehend angesetzt werden. Es gilt zu hinterfragen, wie Kinder in Entscheidungsprozesse einbezogen werden können, welche gangbaren Wege und Möglichkeiten sich dafür eröffnen und wie sie in Entscheidungen, die sie betreffen, wirksam miteinbezogen werden können. Das Ziel des UNICEF-Labels sind keine teuren Massnahmen, welche sich in Form von Spielplätzen, Hüpfburgen und Kitas messen lassen. Das Ziel ist, dass die Kinder und Jugendlichen von Stein am Rhein als wichtige und vollwertige Menschen angesehen werden, in laufende Projekte, welche sie betreffen, miteinbezogen werden und man so politisch interessierte und aktive junge Leute grosszieht. (Text Informationen aus «Kinder sind ganze Menschen» Seite 41 – 44, Linda Akpınar, Mona Meienberg)

Die Umsetzung des UNICEF-Labels wird von den Einwohnerinnen und Einwohnern in Stein am Rhein oft kritisiert. Unter Kinderfreundlicher Gemeinde verstehen viele «Mehr Angebot für Familien und Kinder». Ein gutes Angebot ist wichtig, es ist aber nicht das direkte Ziel des Labels. Für Stein am Rhein als Gemeinde stellt sich die Frage: Soll der Weg als kinderfreundliche Gemeinde eingeschlagen werden und sich Gemeinde sowie Einwohnerschaft dieser Herausforderung stellen – indem das eigene Denken und die Haltung hinterfragt, neue Sichtweisen kennengelernt, Kinder und Jugendliche in die Gemeindepazipazipation einbezogen, Erfahrungen gesammelt, gemeinsam gewachsen und so eine stolze kinderfreundliche Gemeinde geschaffen wird, in der die Einwohnerinnen und Einwohner die Idee des Labels verstehen und mittragen – oder soll lediglich ein nettes Label geführt werden. Die SP-Fraktion ist gespannt auf den künftigen Weg und ist stolz, dass die Stadt Stein am Rhein mit dem Label «Kinderfreundliche Gemeinde» sich auf diesen wichtigen Weg gemacht hat. Die SP-Fraktion dankt für die bisherige Arbeit.

Niels Müller, Pro Stein: Er findet das Label sowie die Ziele grundsätzlich eine gute Sache. Es ist aber fraglich, ob es das Label braucht, um die Ziele umzusetzen. Man könnte theoretisch einfach die Ziele umsetzen ohne das Label. Er hat noch eine Frage zum Thema Jugendtreff. Der Jugendtreff war kürzlich ein Thema in den Medien. Es stand, dass der Standort Schützenhaus in Betracht gezogen wird. Er findet das einen ungünstigen Standort. Er findet es nicht gut, dass die Jugendlichen an den Stadtrand gestellt werden. Gibt es keinen besseren Standort, welcher zentraler ist? Beispielsweise am Bahnhof, im Herfeld-Gebäude oder beim Fussballplatz? Gibt es Ideen, einen Jugendtreff à la Vorbild Diessenhofen zu führen? Es wird dort nicht nur ein Haus zur Verfügung gestellt, sondern ein Angebot für die Jugendlichen selber.

Gesellschaftsreferentin Carla Rossi: Zum Standort möchte sie gerne die Jugendlichen partizipieren lassen. Es sind immer die Erwachsenen, welche sagen, dass sie an den Stadtrand geschoben werden. Die Jugendlichen sehen es vielleicht nicht so. Es ist ein Anlass dazu geplant. Es stimmt, dass das Schützenhaus eine Option ist. Es bestehen Pläne. Der Stadtrat möchte dies umsetzen.

Baufereent Ulrich Böhni: Er möchte noch aus Sicht der Immobilien ergänzen. Es gab Sitzungen mit den Nachbargemeinden und den jetzigen Betreibern des Jugendtreffs. Die Abklärungen laufen seit rund drei Jahren. Es gab bereits einmal einen Anlass, wo die Jugendlichen dabei waren, um das Gebäude zu besichtigen. Dieser Anlass wird nochmals wiederholt, da das letzte Mal nur wenige Jugendliche teilgenommen haben. Man muss in dieser Diskussion noch unterscheiden, zwischen dem Betreiber Pro Junior und den Trägern, den Gemeinden. Die Stadt hat mit allen Nachbargemeinden geredet. Diese werden nun nochmals angefragt. Eine zukünftige Lösung für ein Jugendcafé muss von allen bzw. den meisten Gemeinden aus der Region, inkl. den Gemeinden aus dem oberen Kantonssteil, getragen werden. Die Standortsuche ist extrem schwierig. Es waren alle Gemeinden eingeladen, Standorte zu finden. Beim Eggi-Haus war von Beginn weg klar, dass diese Lösung zeitlich befristet ist. Es kann nicht sein, dass die Entwicklung des Eggi-Areals wieder um mehrere Jahre verschoben wird und man erneut investieren muss, um eine neue Heizung zu bauen etc. Dies ist eine Grundsatzfrage. Im Schützenhaus hat man nur eine Vorstudie gemacht, was überhaupt möglich ist. Wenn die Gemeinden diesen Standort unterstützen, gibt es eine öffentliche Evaluation mit den Interessenten. Das Gebäude kann nicht nur zweimal abends für ein Jugendcafé zur Verfügung stehen. Ein Pistolensclub kann selbstverständlich weiter dort drin funktionieren. Andere Interessensgruppen aus Stein am Rhein sollten das Haus auch nutzen können. Die Vorstudie wurde entsprechend gemacht. Die nächsten Schritte bestehen darin, die

Interessengruppen sowie die Öffentlichkeit einzubeziehen, um auf Basis der Vorstudie ein vertieftes Vorprojekt auszuarbeiten. Der Einwohnerrat wird selbstverständlich darüber informiert.

Niels Müller, Pro Stein: Er möchte erwähnen, dass es auch noch den Standort Herfeld gibt. Im EG dort, wo zurzeit das Sitzungszimmer ist. Es gibt bestehende Gebäude, welche man nutzen könnte und nicht so weit weg sind.

Simone Good-Ehrensperger, parteilos: Im Elternrat hatte sie einmal das Präsidium inne. In dieser Rolle gelang es ihr, den Skaterpark zur Kläranlage zu verlegen. Damals hielt sie den Standort für ungünstig. Im Nachhinein muss sie jedoch sagen, dass der neue Standort durchaus gut gewählt ist. Die Jugendlichen können dort sein. Es gab aber auch bereits von dort Reklamationen, dass sie zu laut sind. Den Jugendlichen sollte die Möglichkeit gegeben werden, auch am Abend mal etwas lauter zu sein. Sie kommen auch mit den Töfflis, dann ist es auch lauter. Aus diesen Gründen findet sie den Standort dort nicht schlecht.

Baureferent Ulrich Böhni: Das Gebäude Herfeld muss für die Zukunft entwickelt werden, damit verschiedenen Nutzungen möglich sind. Dies ist klar. Es zeichnet sich ab, dass die vor 20 Jahren geplante reine gewerblich Nutzung nicht so einfach ist, wie man sich das vielleicht einmal vorgestellt hat. Die Nutzungen müssen angeschaut werden, mit der Entwicklung des gesamten Areals. Im Moment ist es so, wenn die Rathaussanierung zustande kommt, dass die Räumlichkeiten dort für zwei Jahre für die Zwischennutzung der Verwaltung gebraucht werden. Anschliessend stehen die Räumlichkeiten für allfällige weitere Dinge zur Verfügung.

Marco Suter, FDP: Was passiert, wenn die Jugendlichen den vorgeschlagenen Standort nicht so gut finden? Nicht, dass das Ganze dann zu einer Alibiübung wird. Das würde die Jugendlichen enttäuschen. Der jetzige Standort ist zentral zwischen Eschenz, Wagenhausen und Stein am Rhein. Dies ist ideal. Ein ähnlicher Standort würde er deshalb prüfenswert finden und würde er bevorzugen.

Gesellschaftsreferentin Carla Rossi: Die Gemeinden aus dem oberen Kantonsteil machen zurzeit nicht mit. Zum neuen Standort haben sie sich sehr positiv geäußert. Zum anderen Standort haben sie sich eher distanziert. Ein Vorteil ist auch, dass der Pumptrack, das Standbad und der Skaterpark im gleichen Gebiet sind. Diese Zone kann sich deshalb zu einer Jugendzone entwickeln. Auf der anderen Seite gibt es das Sportangebot. Es gibt überall Vor- und Nachteile. Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es kein anderes Gebäude. Jugendliche einzubeziehen heisst, dass man die Meinung der Jugendlichen abholt, wie sie den Standort sehen, was man verbessern kann etc. Es bedeutet nicht, dass die Jugendlichen entscheiden können, ob das Jugendcafé an diesem oder einem anderen Ort eingerichtet wird.

Carolina Bächli, Pro Stein: Die Jugendlichen aus Buch, Hemishofen und Ramsen kommen meistens mit dem Bus. Mit dem Bus könnte man auch gleich bis zum Bahnhof weiterfahren. Dann kommt es nicht wirklich darauf an, wenn man den Standort dorthin verlegen würde.

Gesellschaftsreferentin Carla Rossi: Heute ist die Rezertifizierung des UNICEF-Labels Thema. Der Standort kommt zuerst in den Stadtrat und dann in den Einwohnerrat. Die Bevölkerung wird einbezogen. Es kostet auch zu viel, dass der Stadtrat das alleine entscheiden könnte. Dem Stadtrat ist es wichtig, dass es ein Jugendcafé gibt. Man möchte dieses Angebot haben. Aktuell wird die Variante Schützenhaus geprüft.

Claudio Götz, Pro Stein: Zusammenfassend kann man sagen, dass es kein Plan B gibt. Ist das richtig?

Gesellschaftsreferentin Carla Rossi: Ja, aktuell nicht.

Baureferent Ulrich Böhni: In verschiedenen Gesprächen ist klar herausgekommen, dass Eschenz den bestehenden Standort möchte. Wagenhausen und Eschenz wurde aber auch eingeladen, auf ihrem Gebiet ein Gebäude zur Verfügung zu stellen. Sie sind aber nicht bereit etwas zur Verfügung zu stellen. Es sind alle gefragt. Es müssen Ergänzungsnutzungen von Gebäuden sein. Es kann nicht nur ein Gebäude für ein Jugendcafé genutzt werden. Aufgrund von Rückmeldungen von Jugendlichen und Nachbargemeinden ist der neue Standort nicht schlecht. Für andere Lösungsvorschläge muss man aber

offen gegenüber sein. Es wird keine isolierte Infrastruktur geben, welche man nur für das Jugendcafé baut.

Gesellschaftsreferentin Carla Rossi: Man sagt immer, es seien grosse Distanzen. Dies ist aber ein Luxusproblem. In Diessenhofen fahren sie auch von Basadingen oder umliegenden Gemeinden an. Diese Distanz ist für Kinder und Jugendliche auch nicht ein grosses Problem. In Städten hat man diese Distanzen auch.

Claudio Götz, Pro Stein: Er hat eine Frage zum Ziel 4 betreffend den sicheren Schulwegen für Kinder und Jugendliche. Was die grössten Gefahren für die Kinder und Jugendliche sind, kann man jeden Morgen und Nachmittag in der Schule beobachten, insbesondere in der Primarschule. Die Eltern meinen, dass sie die Kinder selber zur Schule mit dem Auto bringen müssen. Gibt es Ideen, wie man hierbei begegnen möchte, oder sieht es der Stadtrat anders? Das zweite Thema ist sehr heikel. Stein am Rhein hat eine sehr gute Feuerwehr und tolle Angehörige der Feuerwehr. Diese Woche hat er etwas erlebt. Er weiss nicht, wie er es diplomatisch ausdrücken sollte. Gewisse Feuerwehrleute haben sehr aggressiv den Zugang zum Feuerwehrdepot aufgrund eines Einsatzes gesucht. Am Kindergarten entlang wurde mit quietschenden Reifen gefahren, auch durch 30er Zonen und Wohnquartiere. Er ist dankbar, wenn die Feuerwehr kommt, auch wenn er betroffen wäre. Aber nicht auf Kosten von Leben, insbesondere von Kindern. Er bittet alle, die sich für die Feuerwehr engagieren, stets mitzudenken, dass es auch andere Lebensbereiche und -realitäten gibt, die ebenso wertvoll und schützenswert sind. Er dankt.

Stadtpräsidentin Corinne Ullmann: Die Elterntaxis stellen tatsächlich ein grosses Problem dar. Das Sicherheitsreferat hat deshalb bei der Primarschule Chili-Schanz ein Halteverbot verfügt. Auch im Zusammenhang mit der dortigen Baustelle war die Situation besonders kritisch – es bestand eine reale Gefährdung. Das Halteverbot wurde bereits ausgeschrieben und wird in Kürze signalisiert bzw. montiert.

Beschluss-Nr. 13

5. Informationen und Umfrage

Baureferent Ulrich Böhni: Der Zeitplan für die Sanierung des Schulhauses Schanz kann grundsätzlich eingehalten werden. Die Fertigstellung ist auf den Beginn des neuen Schuljahres terminiert. Die ursprünglich eingeplante zeitliche Reserve von fünf Wochen musste allerdings aufgegeben werden. Der Umzug der Schule erfolgt nun in der zweitletzten Sommerferienwoche, die Bauabnahme ist für die mittlere Sommerferienwoche vorgesehen. Die Arbeiten verlaufen insgesamt planmässig, auch wenn es zu gewissen Verzögerungen kam – insbesondere aus technischen Gründen. Die grössten Abweichungen ergaben sich nach der vollständigen Entkernung des Gebäudes. Dabei stellte sich heraus, dass die Durchbiegung der Balken grösser war als ursprünglich aufgrund der Sondagen angenommen. Dies führte sowohl zu zusätzlichem zeitlichem wie auch finanziellem Aufwand. Eine weitere Thematik war die Abstützung des neuen Treppenaufgangs ins Obergeschoss. Dort hat man mehr Raum geschaffen für das Bauprojekt. Im Grundsatz läuft es gut. Aktuell befindet man sich in den Schulferien, weshalb nun mit der Umgestaltung des Aussenraums begonnen werden kann. Der zurzeit begrenzte Schulraum sollte nach den Ferien wieder vollständig zur Verfügung stehen – die Arbeiten wurden bewusst so koordiniert, dass dies zeitlich möglich ist. Die meisten konnten die Fassaden wohl schon bewundern. Die Farbgebung der Fassade des Schulhauses Schanz gefällt einem sehr gut. Wenn man bei schrägem Licht schaut, ist es bei gewissen Stellen nicht so schön. Diese Korrekturen wurden beim Maler eingefordert.

Alle drei PV-Anlagen sind in Betrieb und liefern Strom. Alle drei Gebäude haben auch in den warmen Jahren einen nicht unerheblichen Stromverbrauch. Dies ist auch auf die Digitalisierung zurückzuführen. Der nächste Schritt im Konzept ist das Gebäude Riipark. Das Gebäude wurde abgeklärt und das Projekt sollte vor Saisonstart fertig sein.

Zum Thema Landwirtschaft hat eine erste Sitzung in der Kommission stattgefunden. Er war dankbar für den Austausch. Zu den einzelnen Teilaspekten wurden Fragen im Einwohnerrat zum Oberwald 1 gestellt. Ein Neubau der Scheune wird vorerst nicht umgesetzt, da der Ablauf der Pacht bzw. die Übergabe an den allfälligen neuen Pächter noch nicht ganz klar ist. In den nächsten Monaten wird sich das klären. Die

Scheune ist aber nicht mehr zu erhalten. Man hat Geld investiert, um sie technisch zu erhalten für die nächsten zwei, drei Jahre. Die zukünftigen Interessenten sollen wissen, dass man eine neue Scheune bauen kann. Aus diesem Grund läuft das Baugesuch weiter, damit man von allen Stellen eine definitive Bewilligung hat. Die weiteren Projekte sind in Arbeit, inkl. der Petition Rhygüetli. Die verschiedenen Machbarkeiten diesbezüglich wurden geprüft. Es finden nun Vorprüfungen und ausführliche Voranfragen zu den Anliegen der Petitionäre statt, damit man faktenbasiert diskutieren kann. Beim Kanton gehen solche Voranfragen zwischen sechs und neun Monate, bis diese beantwortet werden. Man rechnet aber, dass man die wichtigsten Antworten auf die Voranfragen zu den Geschäften und Petition noch vor den Sommerferien erhält. Dann wird man informieren.

Finanzreferent Roman Suter: Im Finanzbereich läuft der Abschluss auf Hochtouren. Die Revision hat ihn angeschaut und ist mit der Buchführung zufrieden. Sie hat zwei, drei kleinere Anmerkungen gemacht. Er ist zuversichtlich, dass die Jahresrechnung termingerecht am 25. April 2025 an die GPK überwiesen werden kann.

Der Systemwechsel auf Abacus inkl. Kreditorenworkflow läuft sehr gut. Es braucht aber viele personelle Ressourcen. Diese sind in der Finanzverwaltung und der Einwohnerkontrolle zurzeit ein Problem. Es gibt Krankheitsausfälle. Im weiteren Verlauf des Projekts wird auch die Anlagebuchhaltung überprüft, insbesondere im Hinblick auf die Abgrenzung zwischen Verwaltungs- und Finanzvermögen.

Simone Good-Ehrensperger, parteilos: Sie ist sich bewusst, dass sehr viel auf der Stadt läuft. Sie möchte aber trotzdem nachfragen, wie es mit dem Zeitplan der Sanierung der Kita aussieht?

Baureferent Ulrich Böhni: Bei der Kita sind die Arbeiten weitergeführt worden. Im vergangenen Herbst fand ein Austausch mit der kantonalen Denkmalpflege statt mit dem Ziel, das bestehende Gebäude durch einen rückwärtigen Anbau aufzuwerten. Man hat die verschiedenen Varianten mit der Firma inno Raum AG vorgeprüft. Die Umsetzbarkeit war in einer ersten Runde ein wenig schwierig. Für die entsprechenden Eingriffe hat man mit dem Eigentümer des Nachbargrundstücks noch entsprechende Verhandlungen geführt. Es gibt einen Landstreifen, der nicht wirklich nutzbar ist. Man möchte diesen abtauschen. Dies war aber kategorisch nicht möglich. Aufgrund dieser Resultate konnte man in Absprache mit der Denkmalpflege die Vorstudie vertiefen. Vor drei Wochen wurde die Vorstudie mit der Denkmalpflege geprüft. Diese zeigt sich als bewilligungsfähig. Es müssen noch ein paar Anpassungen gemacht werden. Die drei Varianten werden nun zu einer Hauptvariante zusammengeführt. Man rechnet damit, dass man die Vorstudie in zwei, drei Wochen zurückerhält. Anschliessend kann das Vorprojekt ausgearbeitet werden. Die Vorlage sollte in der zweiten Hälfte des Jahres in den Einwohnerrat kommen. Die Nutzeransprüche müssen auch nochmals vertieft werden. Es ergeben sich auch noch Fragen hinsichtlich der zukünftigen Nutzung der unteren Räume, insbesondere in Bezug auf den Mittagstisch. Dies ist sehr wichtig. In zehn Jahren muss man die Räume vielleicht auch anderweitig nutzen können. Es wird Diskussionen gegeben. Es muss zielführend sein, dass es dort entsprechende Reserven gibt und das Baugesuch entsprechend umgesetzt werden kann. Die Jakob und Emma Windler-Stiftung wird sich voraussichtlich auch an diesem Standort finanziell beteiligen – in vergleichbarem Umfang wie bei der ursprünglich geplanten Kita beim Herfeld-Gebäude.

Einwohnerrat Stein am Rhein

Daniel Ochsner
Einwohnerratspräsident

Philipp Baumberger
Ratssekretär